

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich hätte ein paar Punkte im Zusammenhang mit der bevorstehenden Wahl zum Europaparlament über die ich um Aufklärung bitte:

1. Jeder Deutsche im Sinne des GG Art. 116 (Deutsche(r) nach RuStaG!, denn darauf bezieht sich der Art. 116 GG) ist wählbar und wahlberechtigt.
2. Die Eintragung Staatsangehörigkeit „deutsch“ im Personalausweis/Reisepass stellt lediglich eine Vermutung dar das der PA/RP-Inhaber die deutsche Staatsangehörigkeit nach 116 GG besitzt.
3. Das EuWG ist im Gesetzestext nicht nachprüfbar in Kraft getreten und ist somit ungültig.
4. Das BWahlG ist im Gesetzestext nicht nachprüfbar in Kraft getreten und ist somit ungültig.
5. Die Bundesregierung und die im deutschen Bundestag vertretenen Parteien sind/waren an einem Putsch, der faschistische Elemente in der Ukraine an die Macht gespült hat beteiligt.
6. Die Bundesregierung und die im deutschen Bundestag vertretenen Parteien sind an einer weiteren Destabilisierung der Lage in der Ukraine beteiligt.
7. Die Bundesregierung und sämtliche im deutschen Bundestag vertretenen Parteien bereiten einen Angriffskrieg gegen Russland vor und belügen wissentlich die Menschen in der BRD über die wahre Sicherheitslage. Der Aggressor ist nicht Russland!
8. Ihre Partei ist nicht wirklich an einer Deeskalierung der Lage interessiert.
9. Ihre Partei ist illegal, weil das Inkrafttreten des PartG im Gesetzestext nicht geregelt ist.
10. Ihre Partei ist eine Firma (siehe Eintrag bei Bisnode, Ust-Nr. nach 27a UStG)
11. Die Bundesrepublik Deutschland ist Rechtsnachfolger des 3. Reiches und führt dieses fort.
12. Ihre Partei diffamiert Andersdenkende als NAZI's, Verschwörungstheoretiker, rechte Spinner und stellt sich somit auf die gleiche Stufe wie die SED, noch schlimmer, wie die NSDAP. Schlägertrupps wie die Antifa bestätigen das.
13. ALLE Macht geht vom Volke aus.
14. Bundesregierung, sogenannte Behörden und Gerichte usw. wenden NAZI-Recht an und lassen dieses mit allen legal und illegal zur Verfügung stehenden Mitteln durchsetzen.
15. Es gibt nur freiwillige Gerichtsbarkeit weil der §15 GVG 1950 gestrichen wurde.
16. Die Bundesrepublik Deutschland ist KEIN Rechtsstaat.
17. Das Besatzungsrecht ist weiterhin in Kraft und die Bundesregierung/Parteien belügen die Wähler über die tatsächliche Lage. Vorsicht, hier könnten Sie sich ins Knie schießen und Ihre Mitglieder als Lügner bloßstellen.
18. Die Bundesregierung und sämtliche im deutschen Bundestag vertretenen Parteien verhökern die rudimentären Reste von Souveränität an eine Verbrecherbande in Brüssel, die durch niemanden gewählt wurde und unangreifbar ist, also rechtsstaatlich niemals zur Verantwortung gezogen werden kann.
19. Die Bundesregierung und die Parteien nutzen die ÖR-Medien um uns, das blöde Volk zu manipulieren und sich selbst die Taschen zu füllen.
20. Die Bundesrepublik Deutschland wurde gem. UCC am 25.12.2012 rechtmäßig gepfändet.
21. Die Bundestagswahl 2013 wurde manipuliert, bzw. nicht entsprechend GG durchgeführt.

Wahlanfechtungen gegen diese Farce werden vom Bundestag weiter ignoriert.

Da ich für die kommende Wahl ja die Entscheidung zu treffen habe, wem ich meine Stimme gebe, erwarte ich Ihre Antwort binnen 96h ab Zusendung dieser Nachricht. Nutzen Sie diese Frist nicht oder erbringen Sie nicht die geforderten Antworten und widerlegen letztere Tatsachen / Annahmen nicht rechtskräftig und / oder unvollständig oder nicht in dieser Frist, oder senden Sie mir ohne Anforderung Ihre Wahlwerbung zu, gilt dies sowohl;

- als Ihre unwiderrufliche und absolute Zustimmung zu o.g. Tatsachen und Annahmen mit allen daraus folgenden Konsequenzen,
- als Ihre unwiderrufliche und absolute Zustimmung zur Publikation dieser Notiz in den freien Medien
- als Ihren unwiderruflichen und absoluten Verzicht auf jegliche rechtliche oder anderweitige Mittel.

Für den Fall, das Sie der Meinung sind mir VS, SS, Gestapo, Polizei, Gericht, oder gar Antifa und ähnliches Gesockse auf den Hals zu hetzen, weil ich mir wage unangenehme Fakten niederzuschreiben und Sie um Aufklärung zu bitten, so ist das Ihre unwiderrufliche und absolute Zustimmung zu einem privaten, kommerziellen **Pfandrecht in Höhe von 500.000.- € meinerseits zu Lasten Ihrer Partei.**

Dieses gilt hiermit als konkludent vereinbart.

Mit freundlichen Grüßen